



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2666

Der Bildungsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 19. Juni 2009 überwiesenen Antrag Drucksache 16/2666 am 2. Juli und 3. September 2009 befasst und schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2666 in folgender Fassung anzunehmen:

„Neuordnung der Landeszentrale für politische Bildung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag schließt sich der Empfehlung des Kuratoriums für politische Bildungsarbeit vom 2. September 2009 zur zukünftigen Organisation/Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung an und spricht sich für die Neuordnung der Landeszentrale für politische Bildung in Form eines Dienstleistungszentrums aus.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung gebeten, die drei in Rede stehenden Modelle (Auflösung Landesbetrieb und Verbleib in einer obersten Landesbehörde, Übertragung der Aufgabe ‚politische Bildung‘ an den Landesverband der Volkshochschulen, Anbindung der Landeszentrale an den Landtag) unter Beteiligung des Kuratoriums für politische Bildungsarbeit aufzuarbeiten, Vorschläge und Verfahren zu unterbreiten, wie die Landeszentrale für politische Bildung künftig als ‚Dienstleistungszentrum‘ für politische Bildung aufgestellt werden kann.“

Sylvia Eisenberg
Vorsitzende